

Es wird eng für Konzernregeln

Abstimmung Am Mittwoch entscheidet sich, ob das Volk über die Konzernverantwortungsinitiative abstimmen wird. Kurz vor der Ständeratsdebatte erhalten die Initianten Hilfe.

Fabian Renz

Vor dieser Initiative zittern die grossen Wirtschaftsverbände: «Für verantwortungsvolle Unternehmen» nennt sich das Anliegen, das Schweizer Firmen und ihre Töchter im Ausland für verletzte Menschenrechte haftbar machen will – und das nächste Jahr womöglich zur Abstimmung gelangt.

Ob es tatsächlich zum Urnengang kommt, könnte sich diesen Mittwoch im Ständerat entscheiden. Auf dem Tisch liegt ein Gegenentwurf, der das Initiativkomitee weitgehend zufriedenstellt: Er verpflichtet Konzerne ebenfalls zu Sorgfaltsprüfungen und nimmt sie juristisch in Haftung, wenn auch in viel eingeschränkterem Ausmass. Sollte

«Ich nehme den Brief der Kantone zur Kenntnis. Aber wir bekommen viele Briefe.»

Andrea Caroni
Ständerat (FDP, AR)

die Vorlage eine Mehrheit finden, wollen die Initianten ihr Volksbegehren zurückziehen.

Sie haben freilich eine mächtige Kontrahentin. Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) hat sich im Sommer, unüblich spät, mit einem eigenen Gegen-

vorschlag in die Debatte eingeschaltet. Dieser befriedigt die Initianten in keiner Weise. Er sieht zwar für gewisse Unternehmen eine Pflicht zur «Berichterstattung» über Menschenrechte vor, doch enthält er weder eine explizite Haftung noch breite Sorgfaltsprüfungen, ein paar Spezialfälle ausgenommen.

Das kommt dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse entgegen, der sowohl die Initiative als auch den ursprünglichen, strengeren Gegenentwurf vehement bekämpft. Hier ist man überzeugt, die Konzernkritiker in einer Volksabstimmung besiegen zu können – und ihnen daher kaum Konzessionen machen zu müssen.

Welches der beiden Konzepte im Ständerat mehr Unterstüt-

zung finden wird, ist völlig offen. Immerhin erhalten die Initianten kurz vor dem entscheidenden Tag noch einmal Hilfe von einflussreicher Seite.

Kantone für strenge Variante

Die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) warb letzte Woche in einem Schreiben an die Ratsmitglieder unmissverständlich für den harten Gegenentwurf. Es sei ein «zielführender Kompromissvorschlag», heisst es im Brief, der dieser Zeitung vorliegt. Die VDK warnt davor, eine Einigung mit den Initianten platzen zu lassen. Sie hält die Initiative für unverhältnismässig, die Chancen einer Annahme aber für «reell».

Der Standpunkt der Kantone zählt traditionell viel im Bundes-

haus. Das Lobbying auf beiden Seiten ist allerdings intensiv. FDP und SVP dürften trotz VDK-Brief geschlossen für die Soft-Variante Keller-Sutters eintreten. «Ich nehme den Brief der VDK zur Kenntnis. Aber wir bekommen viele Briefe», sagt etwa der Ausserrhodener Freisinnige Andrea Caroni.

In der CVP sind einige noch unentschieden. Hier haben die Kantone mit ihrer Offensive am ehesten Erfolg. Doch auch dies ist ungewiss. Die Urnerin Heidi Z'graggen etwa hält sich nach wie vor bedeckt: Sie werde die beiden Konzepte noch einmal «intensiv prüfen», sagt sie auf Anfrage.

Es wird am Mittwoch im Ständerat also auf jede Frau und jeden Mann ankommen.

Politikfinanzierung soll transparenter werden

Initiative Der Ständerat will bei der Finanzierung von Parteien und Kampagnen etwas Licht ins Dunkel bringen. Am Montag hat er einen indirekten Gegenvorschlag zur sogenannten Transparenzinitiative gutgeheissen. Das Volksbegehren geht ihm aber zu weit. Mit 32 zu 12 Stimmen hat die kleine Kammer die Initiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» Volk und Ständen zur Ablehnung empfohlen. Der Ständerat folgt damit dem Bundesrat.

Der indirekte Gegenvorschlag sieht vor, dass die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien einmal im Jahr ihre Einnahmen sowie Zuwendungen im Wert von mehr als 25 000 Franken pro Person und Jahr offenlegen müssen. Als Nächstes beugt sich die nationalrätliche Kommission, später der Nationalrat über die Transparenzinitiative und den Gegenentwurf. (sda)

Ein Heimspiel auf fremdem Boden

Besuch Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ist frühzeitig ans UNO-Flüchtlingsforum gereist. Seine Anhänger haben ihn vor einem Luxushotel begeistert empfangen.

Im Genfer Hotel Four Seasons herrscht an normalen Tagen maximale Gelassenheit. Nicht so an diesem Montagmorgen. Der Betrieb ist eingeschränkt. Man könnte auch sagen: Das Fünfsterhotel ist blockiert. Eine Gruppe Türken hat die Lobby kurzerhand in Beschlag genommen. Alles wartet auf den Besuch von Recep Tayyip Erdogan. Der türkische Präsident entschied, bereits am Vortag seines Auftritts am UNO-Forum für Flüchtlinge in Genf abzusteigen. Wofür? Für einen Propagandaanlass?

Der Präsident werde hier einige Landsleute treffen, sagt ein Mann, der in der Lobby als eine Art Portier wirkt. An ihm muss vorbei, wer zu Erdogan gelangen will. Der Portier nestelt immer wieder in einer mit kleinen Couverts gefüllten Kartonschachtel herum. In den Couverts stecken die Einladungskärtchen. Rasch steht fest: Für einen Schweizer Journalisten gibt es kein Couvert und damit auch keinen Platz beim Empfang.

Eine Armada von Polizisten

Der Portier versucht, dem Anlass im Four Seasons die Wichtigkeit zu nehmen. Präsident Erdogan werde einzig an der UNO eine offizielle Rede halten, im Hotel aber nur Leute treffen. Es tönt nach einem Sandwich-Empfang mit anschliessendem Tee und Kuchen. Doch ein Blick nach draussen gibt einen anderen Eindruck. Hier tummelt sich eine Armada von Polizisten mit Berner und Genfer Kantonswappen.

Schliesslich taucht ein Polizist mit Waadtländer Emblem auf. Er scheint das Oberkommando zu haben. Auf beiden Seiten des Hoteleingangs stehen Polizisten mit geladenen Maschinenpistolen. Immer wieder sind Personen in Zivil zu sehen, die der türkischen Polizei zuzuordnen sind. Der Vorplatz ist mit Betonelementen und Gitterabsperrungen abgeriegelt.

Elegant gekleidete Frauen mit Kinderwagen, die aus dem Hotel kommen oder ins Hotel hineingelangen wollen, lösen unter den



Erdogan schüttelt Hände und verschwindet im Hotel. Emotionen hat er sich wohl für später aufgespart. Foto: Salvatore Di Nolfi (Keystone)

Polizisten kurzweilig hektische Betriebsamkeit aus. Die Réceptionisten müssen empörte Gäste zu Hintereingängen lotsen. Über dem Hotel erscheinen in verschiedenen Flughöhen zwei Militärhelikopter.

Die Meinungsfreiheit gilt

Der europaweite kurdische Dachverband hat im Vorfeld dazu aufgefordert, in Genf auf die Strasse zu gehen, wie «20 Minuten» schreibt. Erdogan reise mit «blutigen Händen» in die Schweiz. Während am Montag vor allem Erdogans Anhänger sichtbar waren, dürften am Dienstag, wenn das Flüchtlingsforum beginnt, auch seine Gegner auftreten.

«Das Flüchtlingsforum steht allen Staaten offen», sagt das

Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten auf Anfrage. Auftritte von Recep Tayyip Erdogan ausserhalb der Konferenz kann die Schweiz nicht verbieten. 1998 hat das Parlament die Bewilligungspflicht für Reden von ausländischen Politikern abgeschafft.

CVP-Ständerat Daniel Fässler forderte zwar nach umstrittenen Auftritten Erdogans in Deutschland, dass die Schweiz wieder die Möglichkeit erhalten solle, Anlässe von ausländischen Politikern zu verbieten. Doch Fässlers Motion scheiterte im Frühling im Parlament. Es sei eine unverhältnismässige Beschränkung der Meinungsfreiheit, wurde argumentiert. Das Bundesamt für Polizei könne zudem ein Einreiseverbot erlassen, wenn eine

Auftritte von Recep Tayyip Erdogan ausserhalb der Konferenz kann die Schweiz nicht verbieten.

Person die Sicherheit der Schweiz unmittelbar gefährde.

Entzückte Landsleute

Immer mehr Erdogan-Anhänger strömen kurz nach dem Mittag zusammen, Türkei-Fähnchen werden verteilt. Aus dem Hotel kommt eine Gruppe Türken, die eine Jubeltraube bildet. Polizisten

schaffen in letzter Minute Motorräder weg, die in der Nähe des Hotels abgestellt wurden. Ein Hund schnüffelt vor dem Hotel nach Sprengstoff.

Dann, kurz vor 13 Uhr, fährt der Konvoi des türkischen Präsidenten vor. Erdogans Anhänger skandieren entzückt seinen Namen und machen seinen Besuch zu einem Heimspiel auf fremdem Boden. Erdogan geht mit reingungsloser Miene auf seine Landsleute zu. Er schüttelt Hände und verschwindet im Hotel. Seine Emotionen hat er sich wohl für später aufgespart. Für seine präsidiale Rede vor seinen Gästen im Hotel Four Seasons, bei Sandwichs, Tee und Kuchen.

Tim Wirth und **Philippe Reichen**, Genf

Keine Kürzung der Leistungen für Verdingkinder

Abzüge Der Solidaritätsbeitrag soll für Verdingkinder und andere Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen keine Nachteile mit sich bringen. Das Parlament hat eine Gesetzesänderung verabschiedet, die eine Kürzung der Ergänzungsleistungen verhindert. Nach geltendem Recht werden die Ergänzungsleistungen (EL) gekürzt, wenn der Solidaritätsbeitrag von 25 000 Franken zusammen mit einem allfälligen Vermögen die Summe von 37 500 Franken übersteigt. Künftig werden Solidaritätsbeiträge sowie Erträge daraus bei der Berechnung der EL ausgeklammert.

Damit will das Parlament gewährleisten, dass sie den Opfern uneingeschränkt zugutekommen. Bereits erfolgte Kürzungen werden zurückerstattet. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat zugestimmt. Auch der Bundesrat befürwortete die Vorlage. Die Änderung ist bereit für die Schlussabstimmungen. (sda)

Nachrichten

Offset-Geschäfte: Räte sind sich uneins

Kampjets Über den Kauf neuer Kampjets für 6 Milliarden Franken haben sich die Räte bereits geeinigt. Umstritten ist noch, welcher Anteil des Vertragsvolumens durch Aufträge in der Schweiz kompensiert werden muss. Der Nationalrat hat ein Kompromissangebot des Ständerats – eine Kompensation von 80 Prozent – ausgeschlagen. Die Vorlage geht nun wieder zurück an den Ständerat. (sda)

Ständerat stimmt für Whistleblower-Regelung

Gesetz Der Ständerat will regeln, wie Whistleblower vorgehen müssen, damit sie sich nicht strafbar machen. Er hat eine Vorlage des Bundesrats gutgeheissen. Ein Kündigungsschutz für Whistleblower ist nicht vorgesehen. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug, der sich gegen eine solche Regelung ausgesprochen hatte. (sda)